

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 23. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. Februar 2014, 13:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Sven Krumbek (PIRATEN)

i.V. von Angelika Beer

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Volker Dornquast (CDU)

Fehlende Abgeordnete

Jürgen Weber (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	4
Hier: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen (KOM(2014) 32 endg.)	
Umdruck 18/2413	
hierzu: Frühwarndokument 18/144	
2. Verschiedenes	5

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

Hier: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen (KOM(2014) 32 endg.)

[Umdruck 18/2413](#)

Hierzu: Frühwarndokument 18/144

Herr Dr. Terwitte, Leiter des Referats Grundsatzangelegenheiten der Agrarwirtschaft und Fischerei im Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, führt anhand des Vorblattes der Landesregierung (Frühwarndokument 18/144) in die Thematik ein. Er weist auf die durch europäische Fördergelder aufkommende Frage hin, ob sich die Europäische Union an dem Schulobst- und Schulmilch-Programm beteiligen solle oder nicht. Die Landesregierung vertrete die Ansicht, dass es sinnvoll sei, dass es entsprechende Unterstützung der Europäischen Union für dieses Programm gebe. Im Bundesrat werde man dieses Thema beraten, die Landesregierung werde sich eine Meinung dazu bilden, inwieweit es sinnvoll für das Land sei, sich an dem Programm zu beteiligen. Dabei werde auch die Meinung der Bildungsministerin eingeholt, da das Programm ganz entscheidend auch die Schulen betreffe.

Abg. Wiegard weist auf die bei dem Projektmittelumfang zu erwartende geringe Geldmenge hin, die pro Schüler ausgegeben werden könne. Es stelle sich zudem die Frage, inwieweit der pädagogische Effekt der Maßnahme sichergestellt sei. - Herr Dr. Terwitte erläutert, dass der Europäische Rechnungshof das Kosten-Nutzen-Verhältnis ebenfalls infrage gestellt habe, da der mit den Programmen verbundene administrative Aufwand erheblich sei. Wahrscheinlich werde es am sinnvollsten sein, die Zurverfügungstellung von Obst und Milch auf Grundschüler zu beschränken. Man rechne zudem damit, dass sich wegen des Aufwandes nur ein Teil der Grundschulen an den Programmen beteilige, was dazu führen werde, dass entsprechend mehr Geld für die Schüler der sich beteiligenden Schulen zur Verfügung stehe.

Abg. Waldinger-Thiering weist auf das von der Landesregierung im Vorblatt erwähnte besondere schleswig-holsteinische Interesse hin. - Herr Dr. Terwitte erläutert, dass die Details des aus Sicht Schleswig-Holsteins sinnvollen Programms noch ausgearbeitet werden müssten, man aber die Hoffnung habe, dass sich der administrative Aufwand verringern werde.

Abg. Poersch interessiert die Rolle des Bundes in der Verteilung des Mittels. - Herr Dr. Terwitte führt aus, dass der Bund als Ratgeber fungiere, gleichzeitig aber ein vom Land auszuarbeitendes Konzept beim Bund eingereicht werden müsse.

Auf eine Frage des Abg. Krumbeck führt Frau Ullrich-Pohl, Referentin im Referat für Grundsatzangelegenheiten der Agrarwirtschaft und Fischerei im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, aus, dass ein Anteil an den pädagogischen Begleitmaßnahmen über die EU-Mittel finanziert werden könne, möglicherweise in Höhe von 10 %.

Frau Ullrich-Pohl erläutert des Weiteren auf eine Frage des Abg. Voß, dass die Verteilung grundsätzlich für alle Schüler gedacht sei, EU-weit aber eine Verteilung vorwiegend an Grundschüler stattfinde. Es bestehe ein Unterschied zwischen Schulobst- und Schulmilch-Programm, da beim letzteren bisher nur circa 10 % der Mittel in Anspruch genommen würden.

Nach einer kurzen Diskussion über eine etwaige schleswig-holsteinische Umsetzung kommt der Ausschuss überein, keine Subsidiaritätsbedenken zu äußern.

Zu Tagesordnungspunkt 2, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 13:25 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer